STADT BIELEFELD
- Sozial- und Gesundheitsausschuss – **Sitzung Nr. SGA/044/2024**

- Bezirksvertretung Mitte - **Sitzung Nr. BVMI/043/2024**

Niederschrift

über die Gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit der Bezirksvertretung Mitte

am 14.11.2024

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	17:11 Uhr

Anwesend:

Bezirksvertretung Mitte

Vorsitz
Herr Frederik Suchla

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Bernd Ackehurst
Frau Lisa Brockerhoff
Frau Gudrun Hennke — 1. stellv. Bezirksbürgermeisterin
Frau Dr. Astrid Lentz — Fraktionsvorsitzende
Frau Lisa Waimann

SPD
Herr Tim Bevan
Frau Helga Richter — Fraktionsvorsitzende
Frau Veronika Rosenbohm

CDU
Frau Alexandra Heckeroth — Fraktionsvorsitzende
Herr Jan-Helge Henningsen
Herr André Langeworth — 2. stellv. Bezirksbürgermeister

Die Linke
Frau Marita Krüger
Herr Peter Ridder-Wilkens — Fraktionsvorsitzender

AfD
Herr Maximilian Kneller — ab 16.33 Uhr

Nicht anwesend:

CDU
Frau Martina Meyer

FDP
Herr Timo Franz

Die PARTEI
Herr Jan Schwarz

Sozial- und Gesundheitsausschuss

CDU
Frau Dr. Christiana Bauer
Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Herr Michael Weber

SPD

Frau Sylvia Gorsler	Vorsitz und Sitzungsleitung
Herr Birol Keskin	Vertretung für Herrn Fluhme
Herr Markus Kollmeier	

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Brockerhoff	Vertretung für Herrn Eilmes
Frau Gudrun Hennke	Vertretung für Frau Mamerow
Herr Joachim Hood	Stellv. Vorsitz
Frau Sarah Labarbe	

FDP
Herr Nick Focke

Die PARTEI
Herr Christian Loth

AfD
Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Brigitte Stelze	Vertretung für Frau Beier

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht	Seniorenrat, Vertretung für Frau Huber
Herr Cihad Kefeli	Integrationsrat, Vertretung für Frau Adilovic

Verwaltung

Herr Andreas Döding	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Alexandru Gabriel	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Ulrich Paus	AGW

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Gorsler und Herr Suchla begrüßen die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses und der Bezirksvertretung Mitte sowie die anwesenden Zuhörer*innen zur Gemeinsamen Sondersitzung.

Frau Gorsler teilt mit, dass sie in Abstimmung mit Herrn Suchla den Vorsitz der Sitzung übernehme. Im Anschluss stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest. Zwischen der SPD und der CDU sei Pairing vereinbart.
Herr Suchla stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Mitte fest.

Vorsitzende Frau Gorsler eröffnet die Gemeinsame Sondersitzung.

-.-.-

Zu Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Frau Britta Zimmermann wird zur Schriftführerin der Gemeinsamen Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit der Bezirksvertretung Mitte bestellt.

SGA: - einstimmig beschlossen -
BVMi: - einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Nutzung des ehemaligen Handwerker-Bildungszentrums für die Unterbringung wohnungsloser Menschen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:
9014/2020-2025,
9058/2020-2025 (Antrag der FDP vom 11.11.2024) und
9089/2020-20525 (Ergänzungsantrag der AfD vom 14.11.2024)

Vorsitzende Frau Gorsler bittet Herrn Nürnberger, in das Thema einzuführen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger stellt den Hergang und die Notwendigkeiten dar, die zu der Entscheidung für die Nutzung des ehemaligen Handwerker-Bildungszentrums (HBZ) für die Unterbringung wohnungsloser Menschen geführt hätten.
Die Verwaltung habe im Februar das Prüfanliegen aufgezeigt, das ehemalige Lutherstift als neue Einrichtung der Wohnungslosenhilfe mit ca. 80 – 100 Plätzen und ggf. Tagesaufenthalt zu nutzen. Dies sei bewusst sehr frühzeitig geschehen, da umfangreiche Planungen und Beteiligungen in

Gang gesetzt werden mussten. Hiergegen wurden von den politischen Gremien und weiteren Akteuren im Umfeld des Lutherstiftes Bedenken geäußert. Deshalb habe die Verwaltung parallel zur näheren Prüfung der Nutzungs-Voraussetzungen intensiv nach Alternativen gesucht. Ab Ende August habe sich der erhebliche Investitionsbedarf für Brandschutzmaßnahmen im ehemaligen Lutherstift konkretisiert. Vor dem Hintergrund der nicht kurzfristigen Nutzbarkeit des Lutherstiftes sowie der wirtschaftlichen Gründe bei maximal 40 Plätzen im gesamten Gebäude habe die Verwaltung diese Option am 17. Oktober verworfen. Die zwischenzeitlich als mögliche Alternativen geprüften Objekte seien als kurzfristige Lösung ebenfalls nicht geeignet. Daher wurde entschieden, die vorhandenen und quasi bezugsfertigen städtischen Unterkünfte im ehemaligen HBZ und in der Schillerstraße als kurzfristige Lösung zu nutzen. Hierüber wurden am 21. Oktober die nächsten Anlieger*innen und der Bezirksbürgermeister informiert, eine Mitteilung wurde in die Bezirksvertretung Mitte am 31.10. und am 29.10. in den Sozial- und Gesundheitsausschuss eingebracht.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass er die Kritik an der Kommunikation mit der Nachbarschaft aufgegriffen und am 12.11.2024 ein vom Bezirksbürgermeister moderiertes Bürgergespräch stattgefunden habe. Die vor und bei dem Gespräch vorgebrachten Bedenken der Anlieger*innen hinsichtlich der Sicherheit und Ordnung, der Schulwege und Spielplätze sowie dem Aufenthalt der Untergebrachten außerhalb der Öffnungszeiten im Quartier würden ernstgenommen und geeignete Maßnahmen von der Verwaltung zusammen mit dem Betreiber und dem Sicherheitsdienst durchgeführt. Z.B. würden die Öffnungszeiten so verlängert, dass morgens ein Zusammentreffen mit Kindern auf dem Schulweg größtenteils vermieden werde. Der Betreiber und der Sicherheitsdienst würden sich auch um das Umfeld des HBZ kümmern und auf Hinweise der Anlieger*innen eingehen. Es seien immer zwei verantwortliche Personen vor Ort. Des Weiteren sei der Nachbarschaft eine Liste mit wichtigen Kontaktdaten zur Verfügung gestellt worden.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger räumt ein, dass die Nachbarschaft zu den untergebrachten unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen nicht optimal sei, auch deshalb sei ihm die Entscheidung nicht leichtgefallen. Er halte die Betreiber beider Einrichtungen für sehr erfahren. Sie kooperierten auch gut mit dem Sicherheitsdienst. Ein Sichtschutz-Zaun werde die relativ große Außenfläche des Geländes aufteilen und solle die Gruppen voneinander abschirmen.

Zur Dauer der Belegung sagt Erster Beigeordneter Nürnberger zu, dass es die größten Bemühungen geben werde, es bei einer kurzfristigen Belegung über den Winter 2024/2025 zu belassen. Für die Problemlösung sei eine mittelfristig wirksame Strategie vonnöten, die neben bezahlbarem Wohnraum auch die ordnungsbehördliche Unterbringung, die sozialarbeiterische ambulante Unterstützung sowie neue Unterbringungseinrichtungen umfasse. An diesem Prozess würden die betroffenen Bezirksvertretungen und der Sozial- und Gesundheitsausschuss beteiligt.

Zu Beginn der Aussprache verliest Herr Copertino eine Stellungnahme der CDU-Fraktion. Sie lehne den Beschlussvorschlag entschieden ab, da das Objekt den Anforderungen an eine Obdachlosenunterkunft nicht gerecht würde und zusätzliche Herausforderungen für das soziale Umfeld geschaffen würden, insbesondere für die im HBZ untergebrachten minderjährigen

unbegleiteten Flüchtlinge. Er kritisiert die Kurzfristigkeit der vorgeschlagenen Lösung. Seiner Auffassung nach brauche eine nachhaltige Lösung die Nähe zur Innenstadt und müsse Zugang zu Hilfsangeboten und eine stabile Umgebung für alle Betroffenen gewährleisten.
Herr Copertino bittet die Anwesenden um die Ablehnung des Verwaltungsvorschlages. Seine Fraktion werde dem Antrag der FDP zustimmen und den der AfD ablehnen. Er regt an, an einer geeigneten und den Bedürfnissen der Obdachlosen gerecht werdenden Stelle eine Containerlösung in Betracht zu ziehen.

Herr Dr. Sander erläutert für die AfD-Ratsgruppe, warum sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehne und verliest und begründet den Änderungsantrag.

Herr Focke begründet des Antrag der FDP-Fraktion. Er weist auf die ursprünglich vorgesehene schulische Nutzung des HBZ hin. Dieser Standort habe eine ungeeignete Infrastruktur für die Unterbringung von Obdachlosen und sei auch wegen der parallelen Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ungeeignet. Herr Focke kritisiert das Verfahren und fordert ein umfassendes Konzept zur Unterbringung wohnungsloser Menschen und die Prüfung von Alternativstandorten.

Herr Ridder-Wilkens gibt ein Statement zur Bielefelder Wohnungspolitik ab. Anschließend äußert er seine Kritik am Vorgehen der Verwaltung und geht auf die Ängste die Anwohner*innen ein. Er kündigt die Zustimmung zur Beschlussvorlage an unter Hinweis auf die von der Verwaltung gemachten Zusagen gegenüber der Nachbarschaft und den Mangel an Hilfsangeboten und ausreichendem bezahlbaren Wohnraum.

Frau Rosenbohm erklärt für die SPD, dass diese die Bedenken der Anwohner*innen und aus dem politischen Raum teile. Nichts zu tun, wäre aber keine Alternative, da befürchtet werden müsse, dass dann Menschen erfrieren könnten. Daher schlage sie vor, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss die Zustimmung zu empfehlen. Sie erwarte, dass die Sicherheitsfragen geklärt würden, ein vernünftiger Umgang im Quartier gewährleistet werde, die Nutzung nur eine Übergangslösung sei und den zuständigen Gremien frühzeitig ein Konzept vorgelegt werde.

Herr Hood verweist auf die ausführliche Behandlung der Wohnungslosen- und Suchthilfe in den letzten SGA-Sitzungen und die vielschichtigen Ursachen der Problematik. Er erinnert an die Bedenken des Sozial- und Gesundheitsausschusses hinsichtlich der Nutzung des Lutherstiftes und räumt ein, dass der Standort HBZ nicht optimal sei, er aber keine andere kurzfristige Lösung sähe. Die Bedenken der Anwohner*innen seien ernst zu nehmen. Seine Frage nach den vorgesehenen Maßnahmen der Quartiersarbeit beantwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger dahingehend, dass der beauftrage Betreiber als auch der Sicherheitsdienst über das Gelände hinaus verantwortlich seien. Dazu gebe es bereits Kontakte in die Nachbarschaft. Es gebe die Möglichkeit, sich an die Verwaltung zu wenden, falls es zu Verschmutzungen oder Vorfällen komme, die sich dann kümmern werde.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Kollmeier, Herrn Gugat, Herrn Hennigsen und Herrn Kuhlmann schlägt Frau Rosenbohm vor, die Beschlussvorlage mit der Drucksachennummer 9014/2020-2025 zu ergänzen um:
1. „Die Nutzung des HBZ ist auf den Winter 2024/2025 zu beschränken.
sowie
2. „Für den Zeitraum danach ist den politischen Gremien rechtzeitig ein Anschlusskonzept vorzulegen.“

Herr Kneller äußert seine Zustimmung zu der Ergänzung, die Nutzung des HBZ zeitlich zu begrenzen. Er bringt als Alternative ein Containerdorf an der Herforder Straße in Brake ins Gespräch ein.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger stellt zum Abschluss der Aussprache fest, dass es keine konfliktfreien Lösungen der trotz erfolgreichem Wohnungsbau zunehmenden Wohnungslosenproblematik geben werde und sagt eine künftig verbesserte Einbindung der Gremien und der Nachbarschaft zu.

Herr Suchla verliest einen Formulierungsvorschlag von Bündnis90/Die Grünen, der den ersten Ergänzungsantrag von Frau Rosenbohm aufgreift und wie folgt lautet:

Antragstext:
1. Im zweiten Absatz werden die Wörter „zunächst einmal“ gestrichen, so dass der Satz lautet:
„Die Belegung soll ab Mitte November starten und einen Zeitraum bis maximal Ende April 2025 umfassen.“
2. Es wird der Satz ergänzt:
„Für den Zeitraum danach ist den politischen Gremien rechtzeitig ein Anschlusskonzept vorzulegen.“

4 Gegenstimmen, mehrheitlich beschlossen

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt über die Beschlussvorlage mit der Drucksachennummer 9014/2020-2025 unter Einbeziehung der Änderungs- und Ergänzungsanträge ab. Sie fasst folgenden:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das bislang für die Unterbringung wohnungsloser geflüchteter Menschen genutzte Handwerkerbildungszentrum, Kleiberweg 3, 33607 Bielefeld temporär für die ordnungsbehördliche Unterbringung einheimischer wohnungsloser Menschen zu nutzen.

Die Belegung soll ab Mitte November starten und einen Zeitraum bis maximal Ende April 2025 umfassen.

Für den Zeitraum danach ist den politischen Gremien rechtzeitig ein Anschlusskonzept vorzulegen.

BVMi: - mit Mehrheit beschlossen -

Vorsitzende Frau Gorsler ruft den Ergänzungsantrag der AfD auf, der in der vorhergehenden Aussprache von Herrn Dr. Sander begründet worden ist.

Unterbringung wohnungsloser Menschen - Ergänzungsantrag der AfD vom 14.11.2024 zum Antrag der FDP-Fraktion vom 11.11.2024 (Drucksachennummer 9089/2020-2025)

Antragstext:
Dem Antrag (Drs. 9058/2020-2025) wird ein Absatz 3 hinzugefügt, der wie folgt lautet:
„3. Im Zuge der in Absatz 2 genannten Prüfung von möglichen Alternativstandorten wird seitens der Verwaltung auch umfassend evaluiert, wie viele Plätze einheimischen wohnungslosen Menschen zur Verfügung stünden, könnten hierfür (weitere) Standorte genutzt werden, die bisher als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden. Im Anschluss an eben diese Evaluation wirkt die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenüber höheren politischen Entscheidungsebenen auf eine prioritäre Nutzung der betreffenden Standorte für Bedürftige aus der einheimischen Bevölkerung hin.“

SGA: - mit großer Mehrheit abgelehnt -

Vorsitzende Frau Gorsler ruft dann den Antrag der FDP auf, den Herrn Focke in der vorhergehenden Aussprache begründet hat.

Unterbringung Wohnungsloser Menschen - Antrag der FDP-Fraktion vom 11.11.2024 (Drucksachennummer 9058/2020-2025)

Antragstext:
„1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein umfassendes und tragfähiges Konzept zur Unterbringung wohnungsloser Menschen zu entwickeln. Dieses Konzept soll nicht nur die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigend und alle notwendigen Maßnahmen beinhalten, sondern auch die Ziele der Verwaltung
definieren und Wege aufzeigen, wie die Akzeptanz in der Anwohnerschaft gefördert und deren Bedenken aktiv einbezogen werden können.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Alternativstandorte zur Unterbringung wohnungsloser Menschen zu
prüfen, die eine Alternative zur Nutzung des ehemaligen Handwerker-Bildungszentrums darstellen. Hierbei sollen sowohl bestehende Einrichtungen als auch potenzielle neue Standorte einbezogen werden.“

SGA: - mit Mehrheit abgelehnt -

Zuletzt lässt Frau Gorsler den SGA über den der Empfehlung der BV Mitte entsprechenden geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Es ergeht folgender

abweichender Beschluss:

Auf Empfehlung der Bezirksvertretung Mitte beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das bislang für die Unterbringung wohnungsloser geflüchteter Menschen genutzte Handwerkerbildungszentrum, Kleiberweg 3, 33607 Bielefeld temporär für die ordnungsbehördliche Unterbringung einheimischer wohnungsloser Menschen zu nutzen.

Die Belegung soll ab Mitte November starten und einen Zeitraum bis maximal Ende April 2025 umfassen.

Für den Zeitraum danach ist den politischen Gremien rechtzeitig ein Anschlusskonzept vorzulegen.

SGA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Sitzung um 17.11 Uhr.

gez.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende SGA und Sitzungsleitung)

gez.

Frederik Suchla
(Vorsitz Bezirksvertretung Mitte)

gez.

Britta Zimmermann
((Schriftführung)